



MORO Informationen · Nr. 16/6 · 2023

Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe

Ein MORO-Forschungsfeld
Lebendige Regionen.Finzen



MORO Informationen · Nr. 16/6 · 2023

Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe

Ein MORO-Forschungsfeld

Lebendige Regionen.Finanzen

Inhalt

Einführung	4
Zusammenhänge zwischen Strukturschwäche und Finanzschwäche	5
Kommunale Finanzen und Handlungsspielräume für aktive Regionalentwicklung	9
Zusammenarbeit von Finanzverantwortlichen und der Regionalentwicklung	11
Regionalentwicklung gemeinsam finanzieren	12
Literatur	16
Kontakt	18
Impressum	19

Einführung

Die Kurzpublikation Lebendige Regionen.Finzen fasst wesentliche Ergebnisse und Erkenntnisse des „MORO Lebendige Regionen“ zu den Wechselwirkungen zwischen kommunalen Finanzen und aktiver Regionalentwicklung zusammen. In der siebenjährigen Laufzeit wurden insgesamt 19 veröffentlichte und unveröffentlichte Studien

und Berichte zum Thema kommunale Finanzen und Regionalentwicklung erstellt. Dieser umfangreiche Output wird in dieser Publikation anschaulich präsentiert, um das im „MORO Lebendige Regionen“ generierte Wissen für die Fachöffentlichkeit kompakt aufzubereiten.

Das „MORO Lebendige Regionen“

Das Modellvorhaben der Raumordnung „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“ („MORO Lebendige Regionen“) förderte und erprobte in zwölf ausgewählten Modellregionen integrierte Ansätze für eine ganzheitliche Regionalentwicklung. Hierzu erarbeiteten die Regionen in einer 1. Phase anhand thematischer Schwerpunkte eine integrierte Strategie oder ein Konzept unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen und setzten auf dieser Grundlage ausgewählte Leuchtturmprojekte in einer 2. Phase um.

Die Modellregionen und ihre Vorhaben wurden über den gesamten Zeitraum von einer Forschungsassistenz begleitet und unterstützt. Eine finanzwissenschaftliche Begleitforschung begleitete die Modellregionen insbesondere in der 1. Phase und

- analysierte die kommunal-finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine aktive Regionalentwicklung,
- erstellte Berichte für die zwölf Modellregionen mit Ist-Standanalyse und Prognosen zur kommunalen Finanzentwicklung,
- diskutierte auf Grundlage dieser Berichte in Planspielen die Weiterentwicklung von Regionalentwicklungsprojekten (gemeinsam mit der Forschungsassistenz) und
- nahm projektspezifische Untersuchungen in zwei Modellregionen zur Gestaltung der Umsetzungsprojekte vor.

Die Arbeiten und Ergebnisse der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung sind ausführlich im Abschlussbericht beschrieben: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-14-2020.html>

Das „MORO Lebendige Regionen“ startete 2016 mit der Befürchtung, dass die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie das Verbot der strukturellen Neuverschuldung ab 2020 (sogenannte Schuldenbremse) strukturschwache Regionen in finanzieller Hinsicht noch stärker herausfordern. Doch gerade dort werden Finanzmittel für eine aktive Regionalentwicklung besonders benötigt, um Daseinsvorsorge zu sichern, regionalwirtschaftliche Entwicklung zu initiieren und positive Impulse zu setzen.

Die Analysen zeigten: Auch wenn sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt besser darstellten als ursprünglich befürchtet, war die kommunale Finanzlage in der Mehrheit der Modellregionen angespannt. Und dennoch

ist es gelungen, aktiv Regionalentwicklungsprojekte anzustoßen und zu verstetigen. Angesichts der multiplen Krisen und zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Haushalte ermutigen die Ergebnisse des „MORO Lebendige Regionen“. Denn aktive Regionalentwicklung ist kein Schönwetterthema, das nur erfolgreich umgesetzt werden kann, wenn umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Der Zusammenhang zwischen Struktur- und Finanzschwäche sowie die Handlungsspielräume für eine aktive Regionalentwicklung vor dem Hintergrund der Finanzen werden folgend aufgezeigt. Abschließend veranschaulichen Ansätze aus der Praxis, wie sich Regionalentwicklungsprojekte gemeinsam finanzieren und verstetigen lassen.

Zusammenhänge zwischen Strukturschwäche und Finanzschwäche

Die wirtschaftliche und soziale Strukturschwäche von Regionen geht oft mit finanzschwachen Kommunen einher. Dies liegt sowohl an den verminderten Einnahmen bzw. Erträgen als auch an den höheren Ausgaben bzw. Aufwendungen auf kommunaler Ebene.

Auf der Einnahmenseite wirkt sich besonders die Steuererschwäche aus. Denn die ertragsstarken Gewerbesteuer und kommunalen Anteile an der Einkommensteuer hängen von der Wirtschaftsstruktur und dem Einkommen der Bevölkerung ab. Entsprechend sind strukturschwache Regionen stärker von Zuweisungen, wie die Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA), anderen Einnahmequellen wie Fördermittel oder (höheren) Gebühren abhängig (vgl. Hesse et al. 2019; Lenk et al. 2020; Richter/Schiller 2020). Aus dem geringeren Steueraufkommen kann sich ferner ein für strukturschwache Regionen ungünstiger Steuer- und Gebührenwettbewerb ergeben, wenn sie durch höhere Hebesätze (Gewerbesteuer und Grundsteuer) und höhere Gebühren (z. B. Kita-Beiträge) versuchen, die schwache Aufkommensbasis zu kompensieren (vgl. Chila/Kühne/Neufeld 2016; Dudek 2021).

Auf der Ausgabenseite wird hinsichtlich der Regionalentwicklung der Einfluss der kommunalen Haushalte auf die regionale Lebensqualität thematisiert, da geringere kommunale Mittel sich negativ auf den Umfang und die Qualität der kommunal erbrachten Leistungen auswirken (vgl. Chila/Kühne/Neufeld 2016; BBSR 2020; Richter/Schiller 2020; Dudek 2021). Hiervon sind insbesondere ländliche, dünn besiedelte Regionen in Ostdeutschland betroffen. Dagegen sind in Westdeutschland eher strukturschwache städtische Regionen besonders herausgefordert, da sie hohe Sozialausgaben aufweisen (vgl. Lenk et al. 2020; Bertelsmann Stiftung 2021). Gerade Sozialausgaben und zahlreiche Aufgaben der Daseinsvorsorge (z. B. Pass- und Meldewesen) sind nur im geringen Maße vor Ort beeinflussbar, da es sich überwiegend um Pflichtaufgaben handelt.

Demgegenüber stehen zahlreiche für die regionale Entwicklung wichtige Aktivitäten wie Investitionen in die Infrastruktur, Wirtschafts- und Tourismusförderung, integrierte Modellvorhaben oder Leerstandsmanagement als freiwillige Aufgaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Aufgrund der beschriebenen ungünstigen Einnahmen- und Ausgabensituation der Kommunen in strukturschwachen Regionen haben diese tendenziell besonders wenige freie Mittel für Investitionen und Aktivitäten der Regionalentwicklung. Es besteht die Gefahr, dass sich die kommunalen Finanzen zu einem Hebel zur Verfestigung oder gar zirkulärer Verstärkung struktureller Disparitäten entwickeln, wenn strukturschwache Regionen nur wenige Mittel in ihre Entwicklung investieren können (vgl. Richter/Schiller 2020). Die sogenannten Remanenzkosten – Kosten etwa für Infrastruktur, die nicht proportional zum Rückgang der Einwohnerzahl reduziert werden können – erhöhen die Gefahr der zirkulären Verstärkung regionaler Disparitäten weiter (vgl. Müller 2003; Richter/Schiller 2020).

Der statistische Zusammenhang zwischen strukturellen Herausforderungen und finanzschwachen Kommunen ist jedoch keinesfalls vollkommen oder gar deterministisch, wie Ergebnisse aus den Modellregionen zeigen. Für die zwölf Modellregionen im „MORO Lebendige Regionen“ wurde ein Korrelationskoeffizient von 0,695 zwischen einem Indikator kommunale Finanzlage und einem Strukturindikator ermittelt, was als moderater bis starker Zusammenhang zu bewerten ist. Die Analysen und Workshops in den Modellregionen verdeutlichten die Disparitäten zwischen den Gemeinden und zum Teil auch Kreisen, welche in einer Bewertung der Haushaltslagen aller Kommunen einer Region nicht abgebildet werden können. Disparitäten in der kommunalen Finanzlage innerhalb einer Region können bereits durch wenige große Gewerbesteuerzahler verursacht werden. Sie sind für die gemeinsame Regionalentwicklung relevant, da zu starke Unterschiede zwischen Gemeinden potenziell gemeinsame bzw. interkommunale Anstrengungen erschweren. So wurde in mehreren Workshops und Einzelgesprächen von Vorbehalten berichtet, dass etwa finanzstarke Gemeinden fürchten, für Entwicklungsvorhaben überproportional zahlen zu müssen.

Struktur- und Finanzschwäche in den Modellregionen

Für einen vergleichenden Überblick über die finanziellen Handlungsspielräume der einzelnen Modellregionen wurde der aggregierte Indikator kommunale Finanzlage entwickelt, der den Stand und die Entwicklung der folgenden Finanzkennzahlen für 2015 berücksichtigt:

- Finanzierungssaldo
- Gesamtverschuldung
- Eigeneinnahmequote
- Sachinvestitionsquote
- Zinslastquote
- Soziallastquote
- Quote der freiwilligen Aufgabenerfüllung

Es zeigte sich, dass die 17 Gemeinden des Projektraums der Region Stuttgart die positivste Finanzlage aller Modellregionen aufweisen, gefolgt von der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Besonders geringe finanzielle Handlungsspielräume hatten hingegen das indeland, die Region Halle und der Wirtschaftsraum Spreewald. Der Indikator kommunale Finanzlage wurde mit einem einfachen Strukturindex kombiniert und verglichen. Der Strukturindex bewertet den wirtschafts- und sozialstrukturellen Stand einer Region auf Kreisebene anhand folgender Kennzahlen: Beschäftigungsentwicklung, Erwerbstätigenbesatz, Beschäftigte in wissensintensiven Industrien, Bevölkerungsentwicklung, SGB-II-Quote und BIP je Erwerbstätigen. Sowohl der Indikator kommunale Finanzlage als auch der Strukturindikator wurden unter Anwendung einer sogenannten z-Transformation standardisiert, weswegen positive Werte eine überdurchschnittlich gute Lage und negative Ausprägungen eine unterdurchschnittliche Lage ausdrücken. Wie zu sehen ist, stehen Strukturstärke und kommunale Finanzlage der zwölf Modellregionen im Verhältnis zueinander, sind jedoch nicht deckungsgleich – der Korrelationskoeffizient entspricht 0,695.

Modellregion	Strukturindikator 2015	Indikator Finanzlage (2010–2016)
Region Stuttgart	0,977	0,773
Europäische Metropolregion Nürnberg	0,212	0,534
Landkreis Coburg	-0,161	0,311
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	-0,849	0,01
Region Bremen	-0,003	-0,02
Landkreis Barnim	-0,412	-0,039
Kreis Bergstraße	0,277	-0,085
KielRegion & Stadt Neumünster	-0,285	-0,276
Regiopolregion Bielefeld	-0,12	-0,287
Wirtschaftsraum Spreewald	-0,658	-0,31
Region Halle	-1,083	-0,413
indeland	-0,295	-0,574

Abbildung 1: Einstufung der finanziellen Handlungsspielräume der Modellregion (Strukturindikator und Indikator kommunale Finanzlage)

Quelle: Lenk et al. 2020: 73

Die statistischen Bewertungen der finanziellen Handlungsspielräume wurden in den Modellregionen mit den Verantwortlichen für Regionalentwicklung und Kommunalfinanzen diskutiert. Der Indikator kommunale Finanzlage deckte sich grundsätzlich mit den Selbsteinschätzungen der Modellregionen. So bewertete die wirtschaftsstarke Region Stuttgart die Kommunalfinanzen positiv, wohingegen dem in der Region die finanziellen Herausforderungen des Strukturwandels im Rheinischen Braunkohlerevier bewusst waren. Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt wurde hingegen von der eigenen positiven Lage etwas überrascht. Die Finanzlage wurde vor Ort als angespannter wahrgenommen. Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und statistischer Bewertung kann neben ungünstigen Buchungen von Kosten auch durch die unterschiedlichen Finanzausstattungen der Gemeinden des Landkreises erklärt werden. Während die Herausforderungen der finanzschwachen Gemeinden eher wahrgenommen werden, fallen die finanzstarken Gemeinden kaum auf.

Quelle: Lenk et al. 2020

Ein wesentlicher Grund, warum die Strukturschwäche von Regionen und die Finanzschwäche ihrer Kommunen nicht noch stärker miteinander korrelieren, ist das ausgleichsorientierte Finanzinstrumentarium. Die Bundesländer sind verpflichtet, ihren Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie eine grundsätzliche Finanzausstattung zu gewährleisten (vgl. Langen 2015). In den Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird das primäre Steueraufkommen zugunsten finanzschwacher Länder umverteilt, ohne jedoch

eine Gleichverteilung anzustreben (vgl. Lenk et al. 2020). Die 2017 beschlossene Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die gute konjunkturelle Lage zu Beginn des „MORO Lebendige Regionen“ verursachten einen besseren kommunalen Finanzrahmen als zum Start des „MORO Lebendige Regionen“ antizipiert. Ob der Krieg in Europa und die Corona-Pandemie nun eine langanhaltende Verschlechterung der kommunalen Finanzen einleitet, kann zwar noch nicht sicher bewertet werden, erscheint aber plausibel.

i Übersicht ausgleichsorientiertes Finanzinstrumentarium

Zahlreiche, sogenannte raumwirksame Mittel tragen zum Ausgleich und zur Stabilisierung der Mittelausstattung strukturschwacher Regionen und ihrer Bevölkerung bei (vgl. BBSR 2005; Mäding 2009; BBSR 2012; BBSR 2018). In den Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird die Finanzausstattung der Länder teilweise ausgeglichen und der Bund unterstützt strukturschwache Regionen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

Die Länder wiederum sind für die finanzielle Ausstattung ihrer Kommunen zuständig. Dies geschieht regelgebunden mit den Schlüsselzuweisungen aus dem KFA und durch weitere Zuweisungen. Die KFA der Länder sind unterschiedlich ausgestaltet. Sie setzen den Finanzbedarf in Verhältnis zur Finanzkraft der Gemeinden und verteilen die Finanzausgleichsmasse entsprechend. Zur Bestimmung des Finanzbedarfs werden neben der Anzahl der Bevölkerung je nach Bundesland auch Aspekte wie Sozialstruktur, Bevölkerungsrückgang, Siedlungsdichte und zentralörtliche Funktion einbezogen, sodass der KFA zusätzlich zur Finanzkraft auch wirtschaftlich-strukturelle Faktoren in der Bedarfsermittlung berücksichtigt (vgl. Lenk et al. 2020).

Ferner werden Finanzflüsse wie sozial- und arbeitsmarktpolitische Leistungen als raumwirksame Mittel gewertet, die nicht-intendierte räumliche Ausgleichswirkungen entfalten (vgl. BBSR 2018). Auch die Umverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung und das deutsche System der regionalen Banken (Sparkassen und Genossenschaftsbanken) tragen zum Ausgleich der räumlichen Mittelverteilung bei. So versteuern etwa regionale Banken ihren Gewinn vor Ort (und nicht in Frankfurt a. M. oder München) und tragen auch so zum räumlichen Ausgleich bei (vgl. Gärtner 2010; Scheuplein 2020).



Thematische Analyse: Folgen der Corona-Pandemie auf die kommunalen Haushalte und die Regionalentwicklung

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft, insbesondere die Lockdowns, belasten die Kommunen und deren Finanzen maßgeblich. Die Forschungsassistenz untersuchte in einer thematischen Analyse anhand von Expertengesprächen, Auswertungen von Sekundärstatistiken und einer Literaturstudie die Folgen der Corona-Pandemie auf die kommunalen Haushalte und bewertete diese vor dem Hintergrund der Regionalentwicklung.

Die Analyse verdeutlicht, dass es dem Bund und den Ländern aufgrund des hohen finanziellen Einsatzes in den ersten Jahren der Pandemie gelungen war, die Kommunen maßgeblich zu entlasten und deren Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Die interviewten kommunalen Expertinnen und Experten berichteten übereinstimmend, dass regionale Entwicklungsprojekte aktuell nicht durch von Corona verursachte Haushaltsrestriktionen belastet seien. Ambivalent ist hingegen der Blick in die Zukunft. Zum einen haben Themen der Stadt- und Regionalentwicklung mit der Pandemie an Bedeutung gewonnen. So sind das Wohnumfeld, Naherholung sowie regionale und resiliente Lieferketten wichtiger geworden. Zum anderen belastet die Pandemie die öffentlichen Haushalte stark. Hierunter könnten strukturschwache Regionen besonders leiden, wenn sich finanzschwache Gemeinden noch mehr verschulden und auch Bund und Länder Fördermittel reduzieren müssen. Aber auch eher prosperierende Metropolregionen sind betroffen, denn die Flaute bei Geschäftsreisen und im Städtetourismus belastet auch die dortigen kommunalen Haushalte (beispielweise fehlende Einnahmen bei kommunalen Beteiligungen wie Messen und Flughäfen). Es gilt, die Erholungspfade aus räumlich-struktureller Perspektive weiterhin zu analysieren.

Link: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2022/bbsr-online-37-2022.html>

Kommunale Finanzen und Handlungsspielräume für aktive Regionalentwicklung

Als überwiegend freiwilliger kommunaler Aufgabenbereich steht Regionalentwicklung in der Regel unter Finanzierungsvorbehalt. Regionalentwicklung ist ein Querschnittsthema, das zahlreiche kommunale Haushaltsposten berührt. Die direkten Aufwendungen für Regionalentwicklung sind im Verhältnis zum Gesamthaushalt auf Gemeinde- und insbesondere auf Kreisebene gering, wo Personalausgaben und soziale Leistungen die höchsten Ausgaben ausmachen. Hinzu kommt: Regionalentwicklung findet in der Regel mindestens auf Landkreisebene, häufiger jedoch auf einer Ebene zwischen Landkreis- und Landesebene statt. Die kommunalen Haushalte werden hingegen auf der Ebene der kreisfreien Städte, Gemeinden und Landkreise aufgestellt.

Daher sind die Finanzierungszusammenhänge zwischen der kommunalen Ebene und der Regionalentwicklung oft nur mittelbar und erfolgen beispielsweise durch Umlagen oder Gebühren.

Die finanzwissenschaftliche Begleitforschung hatte die Aufgabe, die Gesamtheit aller kommunalen Haushalte der jeweiligen Modellregion zu analysieren und Trends aufzuzeigen, um hieraus Handlungsoptionen und Ansatzpunkte für integrierte Interventionen abzuleiten. Die Rückmeldungen aus den Modellregionen zeigten aber: Die regionspezifischen Analysen konnten nur punktuell Anregungen für eine aktive Regionalentwicklung geben.

Finanzwissenschaftliche Regionsberichte

Die Aufgaben der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung bestanden darin, die kommunalfinanziellen Rahmenbedingungen – auch mit Blick auf die Bund-Länder-Finanzbeziehungen – zu bewerten und eine Analyse sowie Prognose der kommunalen Haushalte der zwölf Modellregionen zu erarbeiten. Hierzu wurde für jede Modellregion ein Bericht angefertigt. Im Kern beschreiben die Berichte die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben aller Kommunen der jeweiligen Modellregion und prognostizieren die weitere Entwicklung mittels Trendfortschreibungen unter einer Modellierung des KFA und der Umlagen.

Die positive Einnahmeentwicklung im betrachteten Zeitraum von 2010 bis 2015 bedingte überwiegend positive Trendfortschreibungen, sodass den Modellregionen rechnerisch mehr kommunale Mittel zur Verfügung standen. Allerdings stiegen in den meisten Modellregionen die Ausgaben ebenfalls stark an und der Anteil freiwilliger Aufgaben an den Gesamtausgaben sank sogar in den meisten Modellregionen. Ursächlich hierfür war oftmals der Anstieg der Ausgaben für Pflichtaufgaben wie dem Kita-Ausbau und seltener die Kürzung der absoluten Mittel für freiwillige Aufgaben.

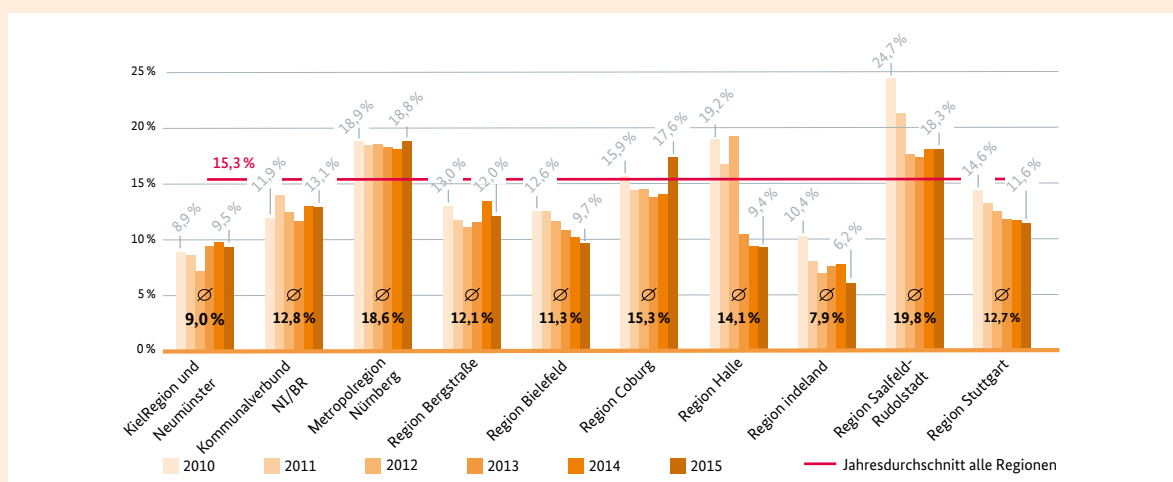


Abbildung 2: Anteil der Ausgaben für freiwillige Aufgaben an den Gesamtausgaben 2010 bis 2015 – Kreisangehörige Gemeinden

Quelle: Lenk et al. 2020: 41

Für die Gemeinden und Landkreise der Modellregionen Barnim und Wirtschaftsraum Spreewald konnten die Ausgaben für freiwillige Aufgaben nicht dargestellt werden, da nicht zu allen hierfür erforderlichen Produktgruppen die Daten vorlagen.

Gründe hierfür sind die aus Gesamthaushaltssicht geringen Aufwendungen für Regionalentwicklung und die oft nur mittelbaren Finanzierungszusammenhänge aufgrund der unterschiedlichen Ebenen. Ferner ließen sich die projektspezifischen Wirkungen der integrierten Regionalentwicklungsmaßnahmen nur sehr bedingt durch eine allgemeine Darstellung und Prognose der kommunalen Haushalte einer Region beschreiben. Ein neuer Radweg, ein interkommunales Gewerbegebiet, ein Leerstandmanagement, eine Imagekampagne wirken sehr unterschiedlich auf die kommunalen Haushalte, weswegen in der Umsetzungsphase des „MORO Lebendige Regionen“ bei Bedarf projektspezifische Finanzanalysen vorgenommen wurden.

Viele Modellregionen benötigten zur Planung und Bewertung ihrer Umsetzungsprojekte neben finanzwissenschaftlicher Expertise auch betriebswirtschaftliches Wissen, so galt es direkte Kosten und Folgekosten zu bewerten. Dabei fiel es den Modellregionen leichter, anhand konkreter Projekte, Wirkungen, Kosten und Folgekosten zu diskutieren; wohingegen Versuche einzelner Modellregionen, allgemeine und umfassende regional-finanzwissenschaftliche Wirkungsmodelle zu erarbeiten, hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurückblieben.



Ermittlung und Reduktion von Kosten und Folgekosten

Für die Betrachtung projektspezifischer Kosten wird zwischen den direkten Kosten bzw. Herstellungskosten und den Folgekosten unterschieden. Herstellungskosten entstehen bei der Entwicklung und initialen Umsetzung eines Projekts, wie etwa die Planungs- und Baukosten eines neuen Wohngebiets oder die Anschaffungskosten eines Bürgerbusses. Folgekosten entstehen im Betrieb und während der Nutzung des Projektergebnisses, wenn etwa das Wohngebiet bezogen ist oder der Bürgerbus fährt.

Zwar fallen die Herstellungskosten je nach Projekt oft höher aus, die Folgekosten können sich jedoch schnell als Kostenfalle für Kommunen erweisen. Denn neben der Höhe der Kosten, ist auch die Frage, bei wem die Kosten verbleiben, entscheidend. So können beispielsweise die Erschließungskosten für Wohngebiete in der Regel auf die Bauleute übertragen werden, die Folgekosten für die soziale Infrastruktur wie Kitas und Schulen müssen hingegen von der Gemeinde aufgebracht werden. Auch Fördermittel können in der Regel nur Projektkosten, nicht aber Folgekosten für den Betrieb abdecken. Entsprechend gilt es bei Projekten die Folgekosten von Anfang an in den Blick zu nehmen und zu minimieren, oder durch Geschäftsmodelle und der Generierung von Einnahmen zu tragen.

Die genaue Höhe der direkten Kosten und Folgekosten hängt nicht nur vom Projekt, sondern auch vom spezifischen Kontext ab. Sie können daher nur bedingt pauschal ermittelt werden. Beispielsweise ergeben sich bei sozialen Infrastrukturen häufig kapazitätsbedingte Kostensprünge: So sinken zwar bei zunehmender Nachfrage die Kosten pro Nutzung, wenn jedoch die Kapazitätsgrenze überschritten wird, muss eine neue Kita eingerichtet werden. Helfen können interkommunale Kooperationen: Durch eine gemeinsame Nutzung der Infrastrukturen können Nutzerzahlen optimiert und somit Folgekosten reduziert werden.

Bei der ersten Abschätzung von Folgekosten helfen mehrere Onlinetools und Programme:

- Projekt-Check, Neubauplanung (Wohnung, Gewerbe, Einzelhandel): www.projekt-check.de
- Folgekosten Rechner Rheinland-Pfalz, Neubauplanung Wohnen: <http://www.folgekostenrechner-rlp.de>
- Der Folgekosten Schätzer Bayern, Neubauplanung Wohnen: https://www.stmuv.bayern.de/themen/boden/flaechensparen/folgekosten_schaetzer.htm

Zusammenarbeit von Finanzverantwortlichen und der Regionalentwicklung

Um fiskalische Rahmenbedingungen mit regionalen Entwicklungsmaßnahmen abzustimmen, setzte das „MORO Lebendige Regionen“ neben der Analyse der Handlungsspielräume der kommunalen Finanzen auch auf den Austausch zwischen Finanzverantwortlichen und Vertreterinnen und Vertretern aus der Regionalentwicklung. Hierzu wurden Planspiele entwickelt und erprobt. Die Planspiele halfen in einer frühen Phase der Themen- und Projektentwicklung, Wissen über die fiskalischen Effekte und

Rahmenbedingungen zusammenzutragen. So konnten die Finanzverantwortlichen oft unkompliziert mit Orientierungswissen zur Grobschätzung von Projekt- und Folgekosten helfen (Was kostet ein Buskilometer, was kostet der Straßenunterhalt?). Die Planspiele ersetzen jedoch weder den politischen Entscheidungsprozess noch die eigentliche Haushaltsaufstellung und sind aufgrund des hohen zeitlichen Aufwands nur selektiv einsetzbar.

Planspiele

Die Planspiele waren ein zentraler Baustein des „MORO Lebendige Regionen“, um die Ergebnisse der Regionsberichte mit dem Wissen der Finanzverantwortlichen (Kämmereien) und den Vertreterinnen und Vertretern der fachlich-inhaltlichen Ebene zusammenzuführen. In jeder Modellregion wurde ein Planspiel durchgeführt.

Auf den Planspielen wurden zunächst die Finanzanalysen präsentiert und erörtert. Anschließend diskutierten die Teilnehmenden in moderierten Kleingruppen die fiskalischen Effekte des geplanten Umsetzungsprojekts und entwickelten dieses weiter. Alternativ suchten sie auf Grundlage der finanzwissenschaftlichen Analyse systematisch nach Themen und Ansätzen für die Ausrichtung der Regionalentwicklung.

Die Kleingruppenarbeit war durch regen Austausch und Diskussionen geprägt. Sowohl der Austausch zwischen den Finanzverantwortlichen und der Regionalentwicklung als auch zwischen den einzelnen Finanzverantwortlichen einer Region – etwa zwischen Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden – ist nicht selbstverständlich und war in einigen Regionen ein Novum. Die Vertreterinnen und Vertreter der Regionalentwicklung erhielten Hinweise und Anregungen für die weitere Projektarbeit, etwa zu den Kosten und Folgekosten einzelner Maßnahmen sowie zu möglichen Wirkungen auf kommunale Steuern. Die Finanzverantwortlichen erfuhren mehr über die Entwicklung ihrer Region und die Argumente zum Für und Wider konkreter Entwicklungsprojekte. Mehrere Kämmereien hoben zudem positiv hervor, dass sie frühzeitig in die Fachplanung einbezogen werden, und nicht erst, wenn das regionale Entwicklungsprojekt in den kommunalen Haushalt aufgenommen werden soll. Jedoch verwiesen einige Finanzverantwortliche auch auf den hohen personellen und zeitlichen Aufwand sowie die fehlende Zuständigkeit. Für die Priorisierung von Maßnahmen für die Regionalentwicklung ist in der Regel vor allem die politische Entscheidungsebene verantwortlich.

In der Gesamtschau empfiehlt sich das Planspiel als Instrument zur Informations- und Wissensgenerierung in einem frühen Stadium der Projektentwicklung oder für eine strategische Neuausrichtung einer Region bzw. ihrer Regionalentwicklungsstrategie. Es ersetzt jedoch weder die übliche fachplanerische noch politische Arbeit der Haushaltserstellung.

Regionalentwicklung gemeinsam finanzieren

Regionale Projekte unterscheiden sich von rein kommunalen Projekten dahingehend, dass es sich oft um interkommunale Kooperationen handelt, die von mehreren Gebietskörperschaften getragen und finanziert werden müssen. Einige Träger von Modellvorhaben wie der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V. oder die Europäische Metropolregion Nürnberg setzen auf einen breiten Finanzierungsmix, bestehend aus Umlagen der Gebietskörperschaften, Beiträgen von Unternehmen, Zuweisungen durch höhere föderalen Ebenen oder dem Projektmittelgeschäft. Je nach Organisation und Aufgabenumfang unterscheidet sich der Finanzierungsmix deutlich.

Als gängige Möglichkeiten der Kostenteilung bei interkommunalen Vorhaben kommen folgende Instrumente infrage (vgl. Dahlbeck et al. 2017):

→ *Umlagen* mittels geeigneter Schlüssel. Im „MORO Lebendige Regionen“ wurde der einfache Einwohnerschlüssel, z. B. ein Euro pro Einwohner bzw. Einwohnerin und Jahr, in einer Modellregion eingeführt. Komplexe Lasten-Nut-

zen-Ausgleiche, die etwa die Finanzkraft der Gemeinden berücksichtigen, wurden hingegen nicht erprobt. Dies liegt u. a. daran, dass KFA und andere Umverteilungen bereits viele Vor- und Nachteile ausgleichen (siehe Beispiel interkommunale Gewerbegebiete) und es erhebliche Vorbehalte gegen eine freiwillige Querfinanzierung finanzschwacher Gemeinden gibt.

→ *Einnahmen und Gebühren* z. B. nach Verbrauch, wenn die Nutzung der Leistungen „in Rechnung“ gestellt werden kann.

→ *Getrennte Finanzierung*, bei der jede Kommune ihren Anteil selbst zahlt. Dies kann ein gemeinsames Leerstandsmanagement mit lokalen Leerstandsmanagements sein, die von der jeweiligen Gemeinde bezahlt werden.



Leseempfehlung aus dem „MORO Lebendige Regionen“

Thematische Analyse: Interkommunale Kooperation. Eine Kurzepertise im Rahmen des MORO-Forschungsfelds „Lebendige Regionen“

Die Analyse trägt Empfehlungen und Hilfestellungen für den Aufbau und die Verstärkung interkommunaler Kooperationen zusammen. Es wird ein Überblick über interkommunale Kooperationen und deren Effekte gegeben. Der Weg zur interkommunalen Kooperation wird in fünf Schritten praxisnah verdichtet und anhand von drei Fallstudien beispielhaft unterlegt.

Link: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/moro/forschungsfelder//2015/Lebendige-Regionen/kurzepertise-interkommunale-kooperation.pdf?blob=publicationFile&v=3>

Wie die Analyse von Gerd Lück (2018) für die Gemeinden der Modellregion indeland aufzeigt, führen die Auswirkungen von Gewerbegebieten auf die kommunalen Haushalte keinesfalls dazu, dass für interkommunale Gewerbegebiete komplizierte Lasten-Nutzen-Ausgleiche notwendig sind.

Auf der Einnahmenseite profitieren Gemeinden über die Gewerbe- und Grundsteuer direkt von der Gewerbeansiedlung. Dabei ist zu beachten, dass Gewerbesteuerumlagen und verringerte Schlüsselzuweisungen aus dem KFA sowie höhere Kreisumlagen – sofern es sich um kreisangehörige Gemeinden handelt – einen erheblichen Teil der Mehreinnahmen aufbrauchen, sodass der Reinertrag deutlich geringer ausfällt. Für abundante Gemeinden kommt es jedoch nicht zu einer Reduktion der Schlüsselzuweisungen, da diese keine Schlüsselzuweisungen erhalten. Doch für abundante Gemeinden erhöht sich die Kreisumlage besonders bei niedrigen Hebesätzen der Gewerbesteuer deutlich, weswegen auch hier der Reinertrag gering ausfällt. Dem Reinertrag sind dann die Kosten für die Entwicklung und den Betrieb der Gewerbegebiete entgegenzusetzen, weswegen der Finanzierungsbeitrag zum kommunalen Gesamthaushalt abermals geringer ausfällt.

Ferner sind mögliche Beschäftigungsentwicklungen und ein möglicher Bevölkerungszuwachs zu berücksichtigen. Diese beeinflussen die kommunalen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen. Sie führen in der Regel aber auch zu zusätzlichen und zum Teil sprunghaften Ausgabensteigerungen, z. B. im Aufgabenbereich Soziales und Jugend. Da unklar ist, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner sich an welchen Orten aufgrund eines neuen (interkommunalen) Gewerbegebiets ansiedeln, wird eine umfassende Lasten-Nutzen-Bewertung zusätzlich erschwert und muss letztlich empirisch erhoben werden. Genau dies haben die Partnergemeinden in dem von Gerd Lück vorgestellten Fall gemacht und entschieden sich auf Grundlage der Ergebnisse gegen eine Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben, da kein Partner klar übervorteilt wurde.

Im Kern machen die Ergebnisse aus der Praxis deutlich, dass aufgrund der Ausgleiche und Umlagen die Mehreinnahmen durch Neuansiedlungen von Gewerbe für die Kommunen überschaubar und die Bau- und Unterhaltskosten gegenzurechnen sind. Ferner wird deutlich, dass die möglichen Bevölkerungseffekte wesentlich zur tatsächlichen Wirkung von Gewerbegebieten auf die einzelgemeindlichen Haushalte beitragen. Diese Effekte sind jedoch abhängig von der Wohnortwahl und somit räumlich nicht auf die gewerbegebietsausweisende Gemeinde beschränkt. Die Erhöhung der Bevölkerung kann wiederum – zum Teil stark ungünstige – soziale Folgekosten nach sich ziehen. Entsprechend vielschichtig ist das Design eines elaborierten Lasten-Nutzen-Ausgleichs. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum sich die Modellregionen und ihre Kommunen im „MORO Lebendige Regionen“ zwar zum Teil mit elaborierten Lasten-Nutzen-Ausgleichen befasst haben, letztlich jedoch einfache Kostenverteilungen wie einen Einwohnerschlüssel wählten.



Crowdfunding: Möglichkeiten und Grenzen

Crowdfunding wird „als Phänomen der gemeinschaftlichen Finanzierung von Projekten durch eine undefinierte Masse mittels eines internetbasierten offenen Aufrufs“ verstanden (vgl. Blohm et al. 2013) und kann als Crowddonating die Form von Schenkungen und Sponsoring annehmen. Beim Crowdlending und Crowdinvesting handelt es sich hingegen eher um Kredite bzw. Investitionen, die (mit Gewinn) zurückgezahlt werden sollen (vgl. Flögel/Meyer/Schlieter 2020). Im Kontext der Regionalentwicklung wurde etwa ein Sportplatz mittels Spenden saniert. Mittels Onlineportal konnten Privatpersonen und Unternehmen einzelne Quadratmeter des Sportfeldes sponsern. Im Portal konnte eingesehen werden, wer welchen Platzabschnitt ko-finanziert hat und es konnten (digitale) Werbebotschaften platziert werden. Crowdfunding ist nicht nur eine zusätzliche Finanzierungsquelle, sondern eignet sich besonders dafür, Aufmerksamkeit und Commitment zu erzielen – sofern erfolgreich. Als potenzielle Nachteile sind jedoch der hohe Aufwand z. B. für Öffentlichkeitsarbeit und der mögliche Imageschaden im Fall des Scheiterns zu nennen, etwa wenn das Finanzierungsziel nicht erreicht wird. Im möglichen Anspruchsdenken der Sponsoren sehen Kämmererinnen ferner einen Nachteil des Crowdfunding, wenn etwa einmal gestiftete Spielplätze, Bäume oder Parkbänke langfristige Unterhaltskosten nach sich ziehen, die nicht vom Sponsor getragen werden.

In der Praxis wird Regionalentwicklung oft durch Dritte mitfinanziert, etwa durch Sponsoring und insbesondere durch Fördermittel (vgl. Hollbach-Grömig/Floeting 2005). Auch in den Modellregionen wurde die zentrale Rolle der Fördermittel für aktive Regionalentwicklung deutlich. Eine langfristige Entwicklungsperspektive mit thematischen Schwerpunkten und das geschickte Kombinieren unterschiedlicher Förderprogramme hilft Regionen, langfristige Entwicklungseffekte zu erzielen. Doch der Zugang zu Fördermitteln ist abhängig von der kommunalen Leistungsfähigkeit. Herausforderungen sind:

- Fehlende personelle Ressourcen, um die (immer aufwändigeren) Antrags- und Abwicklungsanforderungen zu bewältigen. Ferner haben es kleinere Gemeinden auch schwer, die Übersicht bei der Vielzahl an Förderprogrammen zu behalten.
- Schwierigkeiten, Eigenmittel aufzubringen, was besonders für Kommunen in Haushaltssicherung gilt.
- Bei investiven Maßnahmen besteht darüber hinaus die Herausforderung, Abschreibungen und Folgekosten finanzieren zu können, was ebenfalls für Kommunen mit angespannten Haushalten eine besondere Herausforderung ist.

Die hieraus resultierende Frage, ob sich finanzschwache Kommunen Fördermittel noch leisten können, wird in der angewandten Forschung diskutiert (vgl. Sixtus et al. 2020). Wenn etwa fehlende Eigenmittel finanzschwache Kommunen daran hindern, Fördermittel wahrzunehmen, dann würde dies mögliche Abwärtsspiralen verstärken und die Fördermittelvergabepraxis somit der Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zuwiderlaufen. Dieser Zusammenhang konnte im „MORO Lebendige Regionen“ allerdings anhand von Regressionsanalysen nicht bestätigt werden (vgl. Flögel/Langguth 2021). Denn es ließ sich für die betrachteten Fördermittelbereiche Städtebauförderung, GRW-Infrastrukturförderung und direkte Projektförderung kein signifikanter Zusammenhang zwischen Finanzschwäche und niedrigem Fördermittelaufkommen auf Ebene der Kreise aufzeigen. Diese Ergebnisse sind aufgrund methodischer Einschränkungen zurückhaltend zu interpretieren. Dennoch deuten sie an, dass es finanzschwachen Kommunen gelingt, die genannten Herausforderungen – statistisch betrachtet – auszugleichen. Möglicherweise werden die Nachteile der Finanzschwäche durch ein breiteres Angebot an Förderprogrammen und die in einigen Programmen etablierte Berücksichtigung der kommunalen Finanzlage bei der Höhe der Eigenanteile kompensiert. Eventuell ist auch einfach der Handlungsdruck größer, zusätzliche Mittel akquirieren zu müssen, und finanzschwache Kommunen sind schon erfahren im Einwerben von Mitteln.



Kommunale Finanzen und Fördermittel. Kurzexpertise im „MORO Lebendige Regionen“

Ausgehend von der Beobachtung, dass fehlende Personal-, Zeit- und Geldressourcen Kommunen oft daran hindern, Fördermittel einzuwerben, geht die Kurzexpertise der Frage nach, ob finanzschwache Gemeinden und Kreise weniger Fördermittel akquirieren als finanzstarke Kommunen. Die Studie fasst Ergebnisse aus der angewandten Forschung zusammen und analysiert mittels Regressionsanalysen den Zusammenhang zwischen der kommunalen Haushaltslage und der Höhe der akquirierten Fördermittel. Vorbehaltlich der methodischen Einschränkungen konnte die in der angewandten Forschung geäußerte These, dass finanzschwache Kommunen beim Einwerben von Fördermitteln oft das Nachsehen haben, nicht bestätigt werden.

Link: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-22-2021>

Fördermittel können und sollten in der Regel keinen dauerhaften Betrieb von Entwicklungsmaßnahmen sicherstellen. Daher empfiehlt es sich, bereits in der Planung regionaler Entwicklungsprojekte die finanzielle Verstetigung mitzudenken, wobei die Verstetigung durch kommunale Haushaltsmittel nur eine Möglichkeit darstellt.

Beispielsweise können durch die Nutzung multifunktionaler Infrastrukturen Betriebskosten geteilt werden oder ein gemeinsamer Nutzen kann mittels einer Sozialgenossen-

schaft erbracht und finanziert werden. Natürlich ist auch der Regelbetrieb, also das Überführen der Projektkosten in die Haushalte der Kommunen, eine mögliche Verstetigung. Und dies gelang durchaus in mehreren finanzschwachen Modellregionen, etwa indem Projektstellen in Haushaltsstellen überführt wurden oder regionale Entwicklungsaufgaben durch Umlagen finanziert werden.



Sozialgenossenschaften

Eine Möglichkeit der finanziellen Projektverstetigung stellt die Sozialgenossenschaft dar, wie sie in der Modellregion Landkreis Coburg angewendet werden soll. Bei der Genossenschaft, die ausländische Pflegekräfte für den Landkreis anwerben soll, handelt es sich nicht um eine interkommunale Kooperation, sondern um eine Kooperation zwischen Landkreis und den Trägern der Pflegeeinrichtungen. Dennoch ist der Fall aufschlussreich, da die Fix-Kosten für den Betrieb und die Anwerbung, Qualifizierung und Überführungskosten der Fachkraft durch die Nutznießer gezahlt werden sollen. So sollen die Träger für jede vermittelte Fachkraft eine Prämie zahlen, womit die Genossenschaft bereits im ersten Geschäftsjahr kostendeckend arbeiten soll. Ein Zwei-Produkt-Modell wurde hierbei entwickelt, sodass auch Nicht-Mitglieder der Genossenschaft Fachkräfte einstellen können, allerdings zu höheren Kosten. Wenn die Genossenschaft folglich Eigenwirtschaftlichkeit erreicht, dann tragen Landkreis und die Träger nur das unternehmerische Risiko, der Kosten-Nutzen-Ausgleich erfolgt hingegen über den Verkauf der Vermittlungsleistungen.

Literatur

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), 2020: Regionale Lebensverhältnisse – Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. BBSR-Online-Publikation 06/2020. Bonn. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/moro/studien/2019/regionale-lebensverhaeltnisse/01-start.html> [abgerufen am 05.08.2022].

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2005: Raumordnungsbericht 2005, Bonn. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/abgeschlossen/berichte/2000_2005/Bd21Raumordnungsbericht2005.html [abgerufen am 29.01.2022].

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2012: Raumordnungsbericht 2011, Bonn. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2012/rob-2011.html> [abgerufen am 29.01.2022].

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), 2018: Raumwirksame Mittel. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/themen/raumentwicklung/raumwirksame-mittel/_node.html [abgerufen am 24.05.2022].

Blohm, I.; Leimeister, J. M.; Wenzlaff, K.; Gebert, M. (Hrsg.), 2013: Crowdfunding-Studie 2013/2014. Analyse, Perspektiven und Erfolgsfaktoren innovativer Unternehmens- und Projektfinanzierungsformen. Berlin.

Dahlbeck, E.; Flögel, F.; Langguth, F.; Schlieter, D., 2017: Interkommunale Kooperation. Eine Kurzexpertise im Rahmen des MORO Forschungsfeldes Lebendige Regionen. IAT / SPRINT. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/moro/forschungsfelder/2015/Lebendige-Regionen/kurzexpertise-interkommunale-kooperation.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [abgerufen am 25.05.2022].

Dudek, S., 2021: Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen: Zur Situation der Grundversorgung in ländlichen Räumen. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 2021, (51): 417–434.

Flögel, F.; Langguth, F., 2021: Kommunale Finanzen und Fördermittel. Kurzexpertise im MORO Lebendige Regionen. BBSR-Online-Publikation 22/2021. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-22-2021> [abgerufen am 05.12.2022].

Flögel, F.; Meyer, K.; Schlieter, D., 2020: Finanzierung von Unternehmen der lokalen Ökonomie – Hemmnisse und Möglichkeiten. In: Henn, S.; Behling, M.; Schäfer, S., (Hrsg.): Lokale Ökonomie – Konzepte, Quartierskontexte und Interventionen. Berlin: 267–291.

Gärtner, S., 2010: Die räumliche Dimension im Bankgeschäft: Regionale Finanzintermediäre in strukturschwachen Räumen. In: Christians, U.; Hempel, K., (Hrsg.): Unternehmensfinanzierung und Regionen. Hamburg: 205–230.

Hesse, M.; Starke, T.; Jänchen, I.; Glinka, P., 2019: Prosperierende Städte, abgehängte Regionen? Empirische Untersuchung zu Wirtschafts- und Steuerkraft. Wirtschaftsdienst 2019. 99, (10): 703–710.

Hollbach-Grömig, B.; Floeting, H., 2005: Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Deutsches Institut für Urbanistik. Zugriff: <https://difu.de/publikationen/2005/interkommunale-kooperation-in-der-wirtschafts-und.html> [abgerufen am 26.01.2021].

Lange, K., 2015: Verfassungsrechtliche Grundlagen der Finanzierung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten von Prof. Dr. Klaus Lange im Auftrag des Städtetages Nordrhein-Westfalen, des Landkreistages Nordrhein-Westfalen und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Zugriff: [verfassungsrechtliche-grundlagen-der-finanzierung-der-kommunen-in-nrw-gutachten-von-prof-dr-klaus-lange.pdf](https://www.verfassungsrechtliche-grundlagen-der-finanzierung-der-kommunen-in-nrw-gutachten-von-prof-dr-klaus-lange.pdf) (lkt-nrw.de) [abgerufen am 26.05.2022].

Lenk, T.; Starke, T.; Grüttner, A.; Glinka, P.; Gärtner, S.; Flögel, F., 2020: Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe (Endbericht der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung). BBSR-Online-Publikation 14/2020. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-14-2020.html> [abgerufen am 26.05.2022].

Lück, G., 2018: Auswirkungen von interkommunalen Gewerbegebieten auf kommunale Haushalte. Indeland GmbH (Hrsg.): Tagungsband Expertenpanel: Interkommunale Gewerbegebiete – Mögliche Formen der Zusammenarbeit. Düren: 73–88.

Mäding, H., 2009: Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 232. Hannover.

Müller, B., 2003: Regionalentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen. Herausforderung für die Raumplanung in Deutschland. Raumforschung und Raumordnung. 61, (2003): 28–42.

Richter, F.; Schiller, D., 2020: Finanzbedarfe der Mittelzentren in Ostdeutschland. Fiskalische Herausforderungen für Mittelzentren durch den demographischen Wandel und eine ländlich-periphere Lage. In: Becker, S.; Naumann, M., (Hrsg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin: 123136.

Scheuplein, C., 2020: Finanzialisierung in Ostdeutschland. In: Becker, S.; Naumann, M., (Hrsg.): Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie. Berlin: 111122.

Kontakt

Forschungsassistentz

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung
Dr. Katrin Bäumer, Dr. Florian Langguth
Skalitzer Straße 68
10997 Berlin
lebendigeregionen@sprintconsult.de

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Elke Dahlbeck, Dr. Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Finanzwissenschaftliche Begleitforschung

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Forschungsschwerpunkt Raumkapital
Dr. Franz Flögel, Dr. Stefan Gärtner
Munscheidstraße 14
45886 Gelsenkirchen
floegel@iat.eu

Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur
und Daseinsvorsorge e.V.
Philipp Glinka, Prof. Dr. Thomas Lenk, Tim Starke
Universität Leipzig
Augustusplatz 10
04109 Leipzig
starke@wifa.uni-leipzig.de



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 10117 Berlin
www.bmwsb.bund.de

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)
Krausenstraße 17–18
10117 Berlin
Referat S III 1 Grundsatzangelegenheiten, Raumordnung, Raumentwicklung
Dr. Robert Koch
robert.koch@bmwsb.bund.de

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
Referat RS 1 „Raumentwicklung“
Dr. Jana Hoymann
jana.hoymann@bbr.bund.de

Auftragnehmer

Institut Arbeit und Technik (IAT)
Dr. Franz Flögel, Elke Dahlbeck
info@iat.eu

SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung PartG
Dr. Katrin Bäumer, Dr. Florian Langguth
info@sprintconsult.de

Satz und Grafik

Birgit Stolze

Stand

November 2022

Bildnachweis

Titelseite: Miboffb – stock.adobe.com

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

Das Forschungsvorhaben wurde aus Mitteln der Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) finanziert.

Selbstverlag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR),
Bonn 2023

ISSN 1614-8908

Bonn 2023

